

Planfeststellungsbeschluss vom Landesamt für Bergbau an den Betreiber des stillgelegten Hartsalzbergwerks Siegfried-Giesen ermöglicht die Wiederinbetriebnahme

Bergamt erteilt Genehmigung – K+S darf wieder Kalisalz fördern

Von Björn Stöckemann
und Heiko Stumpe

GIESEN. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat dem Düngemittelkonzern Kali und Salz (K+S) die Genehmigung erteilt, die Förderung von Hartsalz in Giesen wieder aufzunehmen. „Damit ist der Weg frei für den Bau der Anlagen und die Schaffung von Arbeitsplätzen“, erklärt LBEG-Präsident Andreas Sikorski. „Natürlich mit klaren Auflagen für den Schutz von Mensch und Umwelt.“

Nachdem Umweltminister Olaf Lies die Kreisverwaltung als Untere Naturschutzbehörde vergangenes Jahr angewiesen hatte, ihrerseits das Einvernehmen zu erteilen, war der Bescheid vom LBEG nur noch Formsache. Ein Politikum bleibt er trotzdem. Der „Kalistreit“ sorgte ein ums andere Mal für Zoff im Kreishaus und andernorts. Die einen vertrauen darauf, dass der Konzern unter Achtung des Umweltschutzes Arbeitsplätze nach Giesen bringt, die anderen finden Vertrauen gut, Kontrolle aber besser und hätten sich verbindlichere Zusagen von K+S gewünscht und wieder andere fürchten, dass der Bergbaubetrieb und die zweite Abraumhalde Leben und Umwelt in Giesen nachhaltig belasten.

Die Reaktionen fallen dementsprechend gemischt aus.

Am Morgen nach der Entscheidung in Giesen vis-à-vis des Kaliberges äußert sich ein Anwohner bereitwillig: Die Entscheidung sei falsch. Die Wiederinbetriebnahme hätte nicht genehmigt werden dürfen. Unter anderem aus Gründen des Umweltschutzes, sagt der über 80-Jährige. Der Kaliberg belastet die Umwelt, der Bergbau unter-



So könnte die neue Kalifabrik mit Gleisanschluss aussehen.

FOTO: K+S

tage führe zu Absenkungen. Ganz abgesehen von der Belastung des Grundwassers und der Innerste. Das Argument von steigenden Gewerbesteuererträgen für die Gemeinde sei fragwürdig. Auch von Seiten der Landwirte, die das Umland der bisherigen Halde beackern und Flächen für die neue abgeben müssen, kommt deutliche Kritik. Die Grundlage eines Landwirts sei der Boden, den er bewirtschaftet. Eine Entschädigungszahlung sei da nicht hilfreich.

Giesens Bürgermeister Andreas Lücke äußert sich noch zurückhaltend: „Der Planfeststellungsbeschluss ist jetzt da, das ist gut. Jetzt müssen wir nachlesen, ob unsere Anmerkungen und Einwände berücksichtigt worden sind.“ 60 Ordner zu dem Thema liegen vor. Allein der Planfeststellungsbeschluss umfasst 1.010 Seiten. Die Reaktion der Gemeinde muss nach zwei Wochen öffentlicher Auslage innerhalb von vier Wochen erfolgen. Klageberechtigt sind außerdem Anlieger oder

Umweltverbände, allerdings keine Parteien.

Matthias Köhler, Vorsitzender des Hildesheimer BUND, will rechtliche Schritte prüfen. „K+S trägt den gestiegenen Umweltschutzvorschriften durch die Wahl eines abwasserfreien Produktionsverfahrens Rechnung. Das reicht aber nicht aus. Die Althaldenproblematik wird im Planfeststellungsverfahren leider nicht gelöst. Salzhaltiges Abwasser wird weiterhin das Grundwasser und die Innerste belasten, denn es wird nicht vollständig aufgefangen und auch nicht vollständig in der Produktion verbraucht. Wir halten es für nicht akzeptabel, dass nach Produktionsende zwei große Halden als Ewigkeitslasten verbleiben sollen.“ Der BUND Niedersachsen „wertet derzeit die Genehmigung aus und prüft, ob er Klage dagegen einreichen wird“, fügt Axel Ebeler vom Landesvorstand hinzu.

„Eine Anfechtung des Planfeststellungsbeschlusses würden wir begrüßen und im Rahmen

unserer Möglichkeiten unterstützen“, erklären Klaus Bruer und Friedhelm Prior. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD beziehungsweise CDU im Kreistag formulieren grundsätzliche Kritik am Zustandekommen des Planfeststellungsbeschlusses. Sie bezweifeln sogar, dass dieser rechtmäßig zustande gekommen ist und verweisen auf das Bundesverfassungsgericht. Danach hätte das wasserrechtliche Einvernehmen nur nach pflichtgemäßem Ermessen der zuständigen Wasserbehörde, als des Landkreises und in diesem Fall des Kreistages, erteilt werden dürfen. „Dieses Ermessen ist nicht ausgeübt worden“, meinen Bruer und Prior. Selbst das Umweltministerium hätte „Änderungen für erforderlich angesehen: insbesondere zeitliche Befristungen. Diese Änderungen sind nicht vorgenommen worden“.

Nina Lipecki, Kreistagsabgeordnete der Grünen, hofft ebenfalls auf Umweltverbände und die Bürgerinitiative (BI). Eine



Kalihalde und Innerste. FOTO: STUMPE

Klage sei jetzt die einzige Möglichkeit, denn die „hohen deutschen Standards“, die K+S in einer Pressemitteilung für Siegfried-Giesen verspreche „siehe ich nicht“. Lipecki weist außerdem als Vorsitzende der AG Feldhamsterschutz Niedersachsen darauf hin, dass die Kompensation der Ackerböden überhaupt nicht realisierbar sei.

Ottmar von Holtz, derzeit für die Grünen im Bundestag, bekräftigt seine Parteifreundin von Berlin aus: „Ganz offensichtlich haben sich hier wirtschaftliche Interessen eines einzelnen Unternehmens gegen das Interesse der Allgemeinheit durchgesetzt.“ Er verweist auf die kritischen Umweltaspekte, welche weiter unbeantwortet blieben. „Das schafft kein Vertrauen.“

„Das schafft Vertrauen“, schreibt Bernd Westphal auf Facebook. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Giesen freut sich über die Nachricht. „Jetzt besteht die Chance auf 500 Arbeits- und Ausbildungsplätze

für unserer Region.“ Sein Landtagskollege und Genosse Markus Brinkmann bekräftigt, dass es „immer gut“ sei, wenn ein Antrag zum Abschluss gebracht werde. „Jetzt haben alle Beteiligten in Ruhe Zeit, den Beschluss zu prüfen und, wenn sie es für gegeben halten, zu klagen.“

Bernd Fell, Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag, kritisiert die Aufforderung der Mehrheitsgruppe aus SPD und CDU im Kreistag, die Genehmigung anzufechten, scharf. „Dieses Vorgehen wäre eine Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts Hildesheim.“ Sein Kreisvorsitzender Henrik Jacobs stimmt zu: „Die Politik muss die Weichen jetzt schnell richtig stellen und bei den weiteren Entscheidungen mit großen Schritten voran schreiten, damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiter gestärkt wird und Arbeitsplätze entstehen können.“

Die Gemeinschaftsinitiative Pro Schacht Siegfried-Giesen begrüßt die Entscheidung. „Wir sind überzeugt, dass das LBEG mit Umsicht und fachmännischer Kompetenz die Genehmigung erteilt hat.“ Die BI Giesen-Schacht will „die Dokumente nun dahingehend prüfen in wie weit die Interessen der Anwohner berücksichtigt wurden“ und sich bis dahin nicht positionieren.

Dass K+S mit der Causa Siegfried-Giesen vor Gericht muss, ist wahrscheinlich. Die Althalde ist allerdings nicht mehr im Visier der Staatsanwaltschaft. Sprecher Christian Gottfriedsen teilt auf KEHRWIEDER-Anfrage mit, dass kein Anfangsverdacht für eine strafrechtlich relevante Verunreinigung des Grundwassers durch K+S bestehe.